

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Nicolas Blume (KV Köln)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 405 bis 407 einfügen:

zur nächsten Haltestelle oder S-Bahn-Station - und auf diese Weise Städte vom Autoverkehr entlasten, sind [eine sichere Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur und](#) zeitgemäße Verkehrsregeln, die folgenschwere Verkehrsunfälle verhindern, entscheidend. Unser Ziel ist die Vision Zero, d. h. keine Toten und Schwerverletzten mehr im

Von Zeile 411 bis 412 einfügen:

und Fußgänger*innen in Innenstädten durch abbiegende Schwerlasttransporter zu verhindern, wollen wir [die Umgestaltung von gefährlichen zu sicheren Kreuzungen \(v. a. Protected Intersections\) fördern und](#) verpflichtende Vorgaben für Lkw-Abbiegeassistenzsysteme einführen.

Begründung

Der Wandel von der autogerechten Stadt hin zur **menschengerechten Stadt** bedeutet auch, dass dem Verkehrsfluss der Autos nicht mehr alles untergeordnet wird. Stattdessen stehen die **Lebensqualität** und die **Sicherheit** aller Verkehrsteilnehmer*innen im Mittelpunkt.

Gestaltung und Qualität der Infrastruktur spielen eine zentrale Rolle, um Fußverkehr und Radverkehr attraktiver zu machen und dabei auch die Sicherheit zu erhöhen. Eine gute Infrastruktur ist außerdem selbsterklärend und kommt mit weniger Schildern aus, was das Stadtbild verbessert.

Der große Erfolg des Radverkehrs in den Niederlanden liegt nicht nur an den gut ausgebauten Radwegen, sondern insbesondere an den dort mittlerweile bewährten **Schutzkreuzungen (Protected Intersections)**:

Durch engere Radien wird dort der Autoverkehr beim Abbiegen abgebremst, was die Aufmerksamkeit erhöht. Durch die Verschwenkung der Radwege und die dadurch entstehenden Schutzinseln befinden sich Fahrradfahrende außerdem nicht mehr im toten Winkel, sondern können mit den Fahrer*innen der abbiegenden Fahrzeuge Blickkontakt aufnehmen. In Kombination mit getrennten Ampelphasen werden so **Sicherheit und Komfort für alle maximiert - unabhängig von elektronischen Assistenzsystemen.**

Für eine echte Verkehrswende müssen wir nicht nur Symptome behandeln, sondern auch direkt bei den Ursachen ansetzen - mit einer sicheren Infrastruktur.

Anmerkung: Der Antragstext wurde am 8.4.21 vom Parteiarbeitskreis Mobilität des KV Köln ohne Gegenstimmen beschlossen.

weitere Antragsteller*innen

Benedikt Nyqvist (KV Herzogtum Lauenburg); Philipp Lang (KV Stuttgart); Michael Jahn (KV Esslingen); Dietmar Detert (KV Leipzig); Birgitta Tremel (Hannover RV); Svenja Appuhn (Hannover RV); Esther Kings (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Clara Käßner (KV Halle); Andreas Spranger (KV Leipzig); Tudor Vacariu (KV Unterallgäu); Lea Winterscheidt (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Ina Besche-Krastl (KV Mettmann); Jana Dreston (KV Köln); Lars Boettger (KV Hamburg-Altona); Thomas Glowacki (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Finja Marie Voigt (KV Köln); Erich Minderlein (KV Ortenau); Linda Müller (KV Köln)